

## **Friedenspolitik ehrlich machen**

Antragssteller: Michael Waßmann

Der Landesparteitag möge beschließen:

Z. 3323 bis 3326 „Alle westlichen Angriffskriege ... der Einführung der Demokratie begründet.“

werden ersetzt durch: „Die Mittel des Krieges, wie die militärische Besetzung der ukrainischen Krim durch Russland, der vom Westen tolerierte Einmarsch des NATO-Mitgliedes Türkei in Syrien, die militärische Unterstützung des Iran für Assads Gewaltherrschaft und die fortgesetzte, brutale Einmischung Saudi-Arabiens in den jemenitischen Bürgerkrieg werden von den verantwortlichen, militärisch aggressiven Regional- und Großmächten allesamt mit Menschen- und Völkerrecht gerechtfertigt.“

Z. 3327 bis 3328 „Sie dienen jedoch ... Seitdem hat die Kriegsgefahr nicht abgenommen.“

werden geändert zu

„Sie dienen jedoch ... Sie haben friedliche Konfliktlösungen verhindert und Kriege ausgedehnt.“

Begründung:

Friedenspolitik muss ehrlich sein. Das heißt in die eine Richtung, bei der Wahrheit zu bleiben: Anfang der 90er besetzte der Irak Kuwait und die internationale Gemeinschaft ging legitimiert durch ein UN-Mandat und unter Zustimmung des UN-Sicherheitsrates militärisch gegen diesen Bruch des Friedens vor. Dies als Angriffskrieg zu brandmarken, ist schlicht unwahr und verdreht die Rollen von Aggressor und Verteidigern der Souveränität Kuwaits.

Die 2001 begonnene westliche Intervention in den seit 1979 andauernden Krieg in Afghanistan war die Folge der Anschläge vom 11. September, bei denen mehr Menschen ums Leben kamen als bei den Angriffen auf Pearl Harbour. Dagegen durften die USA ihr Selbstverteidigungsrecht aus Artikel 51 der UN Charta wahrnehmen. Drahtzieher dieser Anschläge war – nach eigenem Bekunden – Osama Bin Laden, Kopf der Terrororganisation Al-Qaida, die ohne den rechtlichen Schutz und die Infrastruktur der Taliban nicht handlungsfähig gewesen wäre. Erneut wird die Rolle von Angriff und Gegenwehr vertauscht, indem dem Westen ein Angriffskrieg vorgeworfen wird.

Beim westlichen Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg – wozu auch die Unterstützung der kurdischen GenossInnen in Nordsyrien im Kampf gegen den IS zählt – ist ebenfalls pauschal von einem Angriffskrieg die Rede, der „Not, Elend und Flüchtlingsströme vergrößert“ habe. Der Islamische Staat versucht mit militärischer Gewalt Muslime einer faschistischen Herrschaft zu unterwerfen, in der religiöse und weltanschauliche Minderheiten systematisch ermordet und Frauen entrechtet wurden. Niemand wird bestreiten können, dass der IS hier Aggressor war und ist, das ihn aufzuhalten keinen Flüchtlingsstrom und keine Not vergrößert hat gegenüber der Alternative, ihn gewähren zu lassen. Die letzten Reste zivilisierten Zusammenlebens und demokratischer Selbstorganisation in Nordsyrien dagegen zu verteidigen, sowie die westliche Hilfe hierzu, die vielen kurdischen GenossInnen das Leben gerettet hat als Angriffskrieg zu verunglimpfen, ist in jedem Sinne des Wortes falsch.

Gleichwohl ist die Rolle des Westens in Syrien eine ambivalente (und das bleibt in der vorgeschlagenen Formulierung auch konkret benannt enthalten). Aber das zeigt nur:

Ehrliche Friedenspolitik lässt sich nicht mit allgemeingültigen Statements über ein halbes dutzend bewaffneter Konflikte der letzten 30 Jahre machen – das kann ihnen nicht gerecht werden. Friedenspolitik muss aktuell und sie muss interessiert sein an den konkreten Konflikten, Regionen und Menschen, an ihrer Geschichte und ihren Gesellschaften, statt sich auf geschichtsphilosophische und geopolitische Allgemeinplätze einzulassen. Zu leicht entstünde sonst der Eindruck, linke

Friedenspolitik sei mehr daran interessiert, den kalten Krieg per Parteitagsbeschluss wenigstens noch moralisch zu gewinnen oder die Konflikte der Vergangenheit in besserwisserischen „Hätte hätte Fahrradkette“-Gedankenspielen umzuschreiben, als daran das Leid gegenwärtiger Kriege zu lindern oder besser noch sie zu beenden.

Das ist die andere Richtung, in die Friedenspolitik ehrlich sein muss: Nicht nur gegenüber ihrem Gegenstand, sondern auch gegenüber ihren Zielen. Linke Friedenspolitik darf sich nicht einspannen lassen in Machtblöcke und deren Geostrategie. Wenn sie ehrlich gemeint ist, darf sie nicht „zufällig“ nur die militärische Aggression einer Seite oder eines bestimmten geopolitischen Akteurs ignorieren und dadurch tolerieren, aber die seines Gegenspielers tadeln und noch möglichst lange auswerten.

Daher soll die vorgeschlagene Formulierung den Fokus auf aktuelle, gegenwärtige Konflikte, sowie deren konkrete, lokale Akteure legen und eine Vielzahl in gegensätzliche Machtblöcke eingeordnete Aggressoren benennen. Die Liste bleibt exemplarisch und auf die unmittelbare Umgebung Europas beschränkt, weshalb bspw. Chinas militärisch untermauerte Expansionspolitik im Westpazifik und der nuklear aufgerüstete Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan unberücksichtigt bleiben.